Antrag

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

vom: 23.03.2006
eingegangen: 23.03.2006

23. Sitzung des Gemeinderates am 09.05.2006

TOP 25

Vorlage Nr. 672

Öffentlich ☒ Nichtöffentlich ☐

verantwortlich Dez. 2

Senkung der tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Die derzeitigen Maßnahmen des Polizeipräsidiums Karlsruhe und der Stadt Karlsruhe hinsichtlich der Verkehrsüberwachung sind ausreichend.

Auf die Bedeutung einzelner Verkehrszeichen, wie z.B. verkehrsberuhigter Bereich, wird in regelmäßigen Abständen in der Presse hingewiesen.

Finanzielle Auswirkungen nein ☒ ja ☐

Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)

Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung.

Ergänzende Erläuterungen:

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO) nein ☒ ja ☐ durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften nein ☒ ja ☐ abgestimmt mit

Stadt Karlsruhe – Hauptamt: Stellungnahme des BMA – **Antrag**
Fassung: JAN 2006; Intranet RHIN: Formulare/Gemeinderat

Das Polizeipräsidium Karlruhe und die Stadt Karlsruhe halten die derzeit durchgeführten Geschwindigkeitskontrollen im Stadtgebiet Karlsruhe für umfassend und bedarfsorientiert. Durch die bisherige Unfallauswertung konnten keine Erkenntnisse gewonnen werden, die bei einer Steigerung der Messaktivitäten zu einer nachhaltigen Senkung der Unfallzahlen führen würde. Dies gilt insbesondere in den genannten Bereichen (Tempo-30-Zone und verkehrsberuhigter Bereich). Hier ist bereits wie bei den Messchwerpunkten Schulen, Schulwege, Kindergärten und Altersheime eine hohe Überwachungsintensität vorgesehen.

Es ist zutreffend, dass sich die Zahl verunglückter Kinder als Radfahrer deutlich erhöht hat. Gleichzeitig jedoch ging die Zahl der hierbei Schwerverletzten von 10 auf 2 zurück (davon verunglückte ein Kind in der Günther-Klotz-Anlage auf dem Rodelhügel). Dies ist für die Polizei ein Hinweis auf rückläufige Tendenz schwerer Unfallfolgen. Polizei und Stadtverwaltung sind der Auffassung, dass u.a. auch das bisher praktizierte Konzept der Geschwindigkeitsüberwachung in Karlsruhe zu diesem Rückgang der Unfallfolgen geführt hat.

Darüber hinaus wird auch von dem jetzt anlaufenden Konzept zur Vermeidung von Radfahrerunfällen von einer deutlichen Verbesserung auch bei den Kinderunfällen ausgegangen.